

UNSER HAUPTFEIND NIEMALS JEDEM VOLKES STEHT IM EIGENEN LANDE! (Karl Liebknecht)

DER SPARTAKIST



ORGAN DER INTERNATIONALEN

(Sektion der Vierten Internationale)

KOMMUNISTEN ÖSTERREICHES

März 1940

Nr. 30

Preis 8 2.-

WEDER KAPITALISTISCHE SANIERUNG NOCH "VOLKSDEMOKRATIE"!

Noch vor wenigen Wochen standen im Mittelpunkt des Interesses der österreichischen Bourgeoisie die Staatsvertragsverhandlungen in London. Trotz des vorjährigen Misserfolges, trotz der Verschärfung der weltpolitischen Gegensätze war die österreichische Bourgeoisie leicht optimistisch und Figl sprach in einer Rede aus, worauf sich dieser Optimismus gründete. Er sagte:

"Es ist uns vollkommen klar, dass man aus der geschwachten österreichischen Wirtschaft nicht innerhalb von zwei Jahren einen Betrag von 200 Millionen Dollar herauspressen kann. Ich hoffe, dass auch Sowjetrußland dies einsehen und seine Forderungen ermässigen wird. Welche Unterstützung wir auch immer erhalten sollten, so ist es doch selbstverständlich, dass die Hauptlast von Oesterreich getragen werden muss. Wir werden auch selbstverständlich alles tun, was in unserer Macht steht, um aus der eigenen Wirtschaft einen möglichst grossen Betrag beizusteuern, und ich bin überzeugt, dass sich das österreichische Volk auch unserem Appell nicht verschliessen würde, wenn wir es aufrufen müssten, durch eine freiwillig und unentgeltlich geleistete Mehrarbeit ein wirtschaftliches Wopfer für die Freiheit unseres Vaterlandes zu bringen."

INHALT DIESER NUMMER:

Weder kapitalistische Sanierung noch "Volksdemokratie"!

Die Sanierungspläne der österreichischen Kapitalisten

Die "Volksdemokratie" wird gleichgeschaltet

Hundert Jahre Kommunistisches Manifest

Diese Worte sind eindeutig, denn sie besagen: Wir, die österreichischen Kapitalisten, sind uns klar darüber, dass wir von der Sowjetbürokratie beim Abschluss eines Staatsvertrages gehörig gerupft werden, aber das Recht, endlich Herr im eigenen Haus zu sein ist uns wichtig genug - um die Massen dafür auch einen teuren Preis bezahlen zu lassen. Und in der Tat, der Bourgeoisie ist es bis jetzt mit Hilfe der SP so gut gelungen, sich auf Kosten der Arbeiter zu sanieren, sie hat bereits zwei so erfolgreiche Operationen wie den "Lohn-Preis-Pakt" und die "Währungsreform" hinter sich, dass sie mit Recht annehmen kann-

te, wenn es zweimal gut gegangen ist, so wird es auch beim dritten Mal gut gehen, und die für den erfolgreichen Abschluss der Londoner Verhandlungen zu bezahlende Zeehe wird von den Massen heringebraucht werden. Doch während die Österreichische Bourgeoisie so spekulierete, hat sich über Nacht infolge des stalinistischen Staatsstreiches in der CSR die Lage gewendet.

Noch vor kurzem war es nur die Sowjetbürokratie, die Oesterreich nicht räumen wollte. Noch vor kurzem waren die Imperialisten der Ansicht, dass sogar dann, wenn sie zusammen mit den Sowjettruppen das Land verliessen, die Österreichische Bourgeoisie immer noch als Vertreter des Imperialismus zurückbliebe. Acute ist sicher, dass auch die Imperialisten die Beibehaltung der Besetzung Oesterreichs wollen - und der Grund hierfür liegt auf der Hand. Oesterreich ist nun in der strategischen Zange; drei Viertel seiner Grenzen sind eingekreist von "Volksdemokratien"; in Italien bereitet die Stalinpartei ihre Frühjahrsoffensive vor, und die Imperialisten müssen mit der Möglichkeit rechnen, dass sich bei deren Gelingen die strategische Lage Oesterreichs noch weiter verschlechtert. Wenn mit den sowjetischen zugleich auch die imperialistischen Besatzungstruppen Oesterreich verlassen würden - die Zange, von der Oesterreich jetzt umfasst ist, könnte sich so schnell schliessen, dass bei einem Konflikt zwischen der SU und den Westmächten die imperialistischen Truppen nicht mehr zurecht kämen. Und die Imperialisten wissen ferner, dass der strategische Druck, den die Sowjetbürokratie auf dem Umweg über die "Volksdemokratien" auf Oesterreich zu entfalten vermag, nun derart gross ist, dass ihm die Österreichische Bourgeoisie, auf sich allein gestellt, auf die Dauer nicht widerstehen kann. Die tschechische Bourgeoisie war stärker als die österreichische; in der Tschechoslowakei standen im Februar dieses Jahres keine Sowjettruppen - und dennoch musste die Bourgeoisie nachgeben!

Was bedeutet diese Entwicklung? Sie bedeutet die Verlängerung des Besatzungsregimes in Oesterreich auf unbestimmte Zeit; sie bedeutet, dass die Österreichische Bourgeoisie ihren Plan, die Kosten der "endgültigen Befreiung" Oesterreichs auf die Massen abzuwälzen, revidieren muss und an seine Stelle weiterhin die Lasten des ihr selbst so unangenehmen Besatzungsregimes auf die Massen abwälzen wird. Es bedeutet aber auch, dass die Bedingungen des Besatzungsregimes weiterhin wie ein Bleideckel die Massen niederdrücken und es ihnen erschweren werden, sich gegen die Rauboffensive der Bourgeoisie zu wehren.

Die Stalinpartei hat abgewirtschaftet

Symptomatisch dafür, wie die Rollen zwischen Sowjetbürokratie und Imperialisten getauscht haben und dass nun die Imperialisten ebenfalls nicht das Land verlassen wollen, symptomatisch dafür ist das Verhalten der Österreichischen Stalinpartei. Sie tritt jetzt plötzlich für den Abzug der Besatzungstruppen ein und ihre Krimballerina Ernst Fischer hält lange Reden über das Thema, dass "das Besatzungsregime unvereinbar mit dem demokratischen Selbstbestimmungsrecht sei". Die Österreichische Stalinpartei ist durch ihre vorangegangene Politik zu kompromittiert, als dass sie von den Massen ernst genommen werden könnte. Ihnen ist die Rolle dieser Partei als der eines offenen und servilen Agenten der sowjetischen Besatzungsmacht noch zu gut in Erinnerung, als dass sie annehmen könnten, sie habe ihre "neue Linie" bezogen ohne direkten Auftrag von seiten der Sowjetbürokratie. Der Bourgeoisie und ihrem SF-Lakaien wird es darum ein leichtes sein, die neu gestartete Offensive der Stalinpartei "für das demokratische Selbstbestimmungsrecht des Österreichischen Volkes" abzuwehren und sie noch mehr als bisher in die Defensive zu drängen.

Auch in Oesterreich hat es 1945 Ansätze für eine "Volksdemokratie" gegeben. Ein Drittel der Minister der Regierung Renner wurden von ihr gestellt; sie war in dieser Regierung weit über ihre wirkliche Stärke hinaus vertreten. Der Stalinist Honner war eine zeitlang Innenminister; in der Polizei hatte die Stalinpartei wichtige Positionen inne - die Staatspolizei war lange Zeit eine ihrer wichtigsten Machtpositionen. Dennoch gelang es der Bourgeoisie mit Hilfe der SF die Stalinpartei ganz an die Wand zu spielen und den Staatsapparat von jedem stalinistischen Einfluss frei zu machen. Wenn das auch der Tatsache zuzuschreiben ist, dass sich die Sowjetbürokratie in der Besetzung Oesterreichs mit den Imperialisten teilen musste, so war doch die Grundlage dieses ganzen Prozesses in der Abwendung des Grossteils der Arbeiterklasse von der Stalinpartei zu suchen in einer Abwendung, die ihren Grund in

den bösen Erfahrungen hatte, die die Massen mit den plumpen und brutalen antidemokratischen Methoden der sowjetischen Besatzungsmacht gemacht haben. Bereits die Wahlen am 25. Nov. 1945 haben diese Abwendung der Massen krass gezeigt; der stalinistische Bankrott wurde aber vollends sichtbar bei den in den letzten Monaten stattgefundenen Betriebsratswahlen, die gezeigt haben, dass trotz der Rauboffensive der Bourgeoisie und trotz des schamlosen Verrates der SF und trotz der Inflation und Verbitterung der Arbeiterklasse der stalinistische Einfluss sogar innerhalb dieser noch weiter zurückgegangen ist.

Die Stalinpartei hat in den letzten Wochen versucht, die Unzufriedenheit der Arbeiter für ihre Zwecke auszunützen und aus den Ereignissen in der Tschechoslowakei Kapital zu schlagen. Sie ging von der Annahme aus, dass die Bourgeoisie und die SF durch diese Ereignisse eingeschüchtert und die Massen durch die fortschreitende Verelendung radikalisiert genug seien, um ihrer Aktion zum Erfolg zu verhelfen. Doch nach einem kurzen Lauf musste die Stalinpartei sehen, dass ihre Rechnung falsch war. Es war der SF gelungen, sie zum Abbruch der Streikaktion zu zwingen und zu der jämmerlichen Erklärung zu veranlassen, sie habe niemals in den letzten Wochen "Aktionsausschüsse" organisiert, es habe in Oesterreich überhaupt keine solchen gegeben. Ja noch mehr - am Ende dieser verunglückten Offensive hatte die Stalinpartei noch eine wichtige Position verloren, indem ÖVP und SP kurzerhand aus dem "Bund der politisch Verfolgten" austraten und dieser selbst aufgelöst wurde.

Der Misserfolg der Oesterreichischen Stalinpartei zeigt klar, dass trotz der fortschreitenden strategischen Einkreisung Oesterreichs durch die Länder der "Volkdemokratien" die Aussichten auf die erfolgreiche Aufrichtung einer solchen aus den innerpolitischen Möglichkeiten Oesterreichs heraus geringere sind als je. Soweit es auf die Oesterreichische Stalinpartei ankommt, kann die Bourgeoisie ruhig schlagen.

Das Lebensniveau der Arbeiterklasse sinkt - aber die SF setzt die Koalitionspolitik fort!

Ein getreues Spiegelbild der gegenwärtigen Lage in Oesterreich ist die SF. Einerseits ist ihr, genau so wie der Bourgeoisie, der Schrecken über den stalinistischen Staatsstreich in der CSR in die Glieder gefahren. Die SF-Führung sucht noch mehr als bisher ihr Heil in der Koalitionspolitik, die sie verstärkt fortsetzt. Sie bökant sich jeden Tag aufs Neue zur Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie und setzt in dieser Hinsicht nicht nur Worte, sondern auch Taten. Sie geht gemeinsam mit der ÖVP im Gewerkschaftsbund vor, sie tritt gemeinsam mit ihr aus dem "Bund der politisch Verfolgten" aus. Ihr Innenminister Helmer gibt die Erklärung ab, dass "Aktionskomitees" ungesetzlich seien und droht mit der Polizei. Die SF zeigt sich durchaus bereit, im Dienste der Bourgeoisie nicht nur die Rolle des Streikbrochers, sondern auch die des Polizisten zu übernehmen.

Aber während so das Bündnis zwischen SF-Spitze und Bourgeoisie ein noch engeres als bisher zu werden scheint, verschärft sich gleichzeitig widerspruchsvollerweise der Gegensatz zwischen den beiden Koalitionspartnern, weil die Gegensätze zwischen den Massen und der Bourgeoisie sich verstärken. Der Bourgeoisie ist beim Essen der Appetit gekommen, sie hat am "Lohn- und Preisabkommen" und an der "Währungsreform" dick verdient und ist jetzt entschlossen, ihre Rauboffensive fortzusetzen. Ganz offen organisiert sie den Aushungerungsfeldzug gegen die Massen. Das Vermögensabgabegesetz, das schon im Januar fällig war, wird unter ihrem Druck immer weiter hinausgeschoben und hat noch immer keine greifbare Gestalt angenommen. Und während sie der SF mit mahnend erhobenen Zeigefinger die Notwendigkeit einer disziplinierten Zusammenarbeit vor Augen hält und sie auf das Schicksal der ungarischen und tschechischen SF hinweist und den Schürf und Helmer erklärt, dass es auch mit ihnen soweit kommen werde, wenn sie nicht vor der Bourgeoisie parieren, erschwert sie der SF infolge der durch ihre Politik hervorgerufenen Unzufriedenheit der Massen gleichzeitig diese Zusammenarbeit. Trotz des Bankrotts der Stalinpartei ist die SF einem verstärkten Druck ihrer Arbeiterbasis ausgesetzt. Selbstverständlich dürfen wir die Unzufriedenheit der sozialdemokratischen Arbeiter mit ihrer Führung nicht überschätzen. Die SF wird nicht in kurzer Zeit die Gefolgschaft der Massen verlieren. Die stalinistische Politik leistet ihr Schützenhilfe und die SF kann es sich

heute noch leisten, den Arbeitern zu sagen: wenn ihr streikt, dann kommt es so wie in der Tschechoslowakei. Aber die Bedingungen für die Fortsetzung der Koalitions-politik werden trotzdem immer schwieriger.

Gegen SF-Sabotage und "volksdemokratische" Denapropie

Die Si musa, obwohl sie vor wenigen Wochen noch das Gegenteil schrieb, offen zugeben, dass sich seit dem "lohn-Freisabkommen" die Lebensbedingungen der Massen um rund 20% verschlechtert haben. Und dennoch hält die SF an diesem Abkommen fest; dennoch sabotiert sie jeden Versuch der Arbeiterschaft, ihr Realeinkommen gegenüber den Angriffen der Kapitalisten zu verteidigen. Sie kommt mit den uralten Schläger, dass Lohnerhöhungen die Inflation bringen. Sie verlangt von den Arbeitern, sie mögen ihre Leistungen steigern, sie sollen mehr als bisher produzieren, dann werden sich auch die Lebensbedingungen der Arbeiterklasse verbessern. Aber warum unternimmt die SF nichts Ernsthaftes gegen die Freisstigerungen der Kapitalisten, durch die ebenfalls der neue, nach der Währungsreform angeblich so "gute" Schilling entwertet wird? Warum begnügt sie sich mit dem bloßen Gerede über bevorstehende Preissenkungen, mit der Inszenierung einiger rein optischer Massnahmen? Die Arbeiter sollen sich erinnern, wie die mit so viel Geschrei angekündigte Preissenkungsaktion der Regierung Blum in Frankreich geendet hat - mit der Pleite des Herrn Leon Blum und einem neuerlichen Absinken des Reallohnes! Nicht in "Mehr-Produzieren" liegt der Ausweg für die Arbeiterklasse, sondern einzig und allein in der Kontrolle darüber, was mit den Produzierten geschieht. Die Arbeiter produzieren jetzt schon sehr viel. Eine wirksame Kontrolle der Produktion und Verteilung, eine Kontrolle, die die Arbeiter nicht den Organen des kapitalistischen Staates überlassen dürfen, sondern die ausgeübt werden soll von den Beauftragten der Arbeiterklasse, von den Betriebsräten in Verbindung mit den Gewerkschaften, eine solche Kontrolle würde zeigen, dass der Lebensstandard der Arbeiterklasse, trotz der Besetzung des Landes und trotz der räuberischen Reparationspolitik der vier "Befreier" ein wesentlich höherer sein könnte als er tatsächlich ist. Die kapitalistische Profitwirtschaft senkt das Realeinkommen der Arbeiterklasse, der von den Kapitalisten und ihren grossbäuerlichen Verbündeten organisierte und von der Regierung geduldete Schwarz- und Zwischenhandel schafft den Hunger. Jeder Kampf der Arbeiter zur Verbesserung ihres Realeinkommens ist darum nicht nur lebensnotwendig, sondern wird auch erfolgreich beendet werden, wenn er ernsthaft geführt wird. Die SF sabotiert diesen Kampf! Die Stalinpartei will aus dem Elend der Arbeiterklasse nur Kapital schlagen für die Aufrichtung eines "volksdemokratischen" Regimes im Interesse der verkommenen Sowjetbürokratie, die selbst mitschuldig an der Verelendung der österreichischen Massen ist.

Das Schwergewicht des proletarischen Kampfes liegt heute in den Betrieben. Wir müssen es verstehen, zusammen mit den vorgeschrittensten Arbeitern die Arbeiter in den Betrieben in die notwendigen Kämpfe hineinzuführen. Wir knüpfen hierbei bei den unmittelbarsten Interessen der Massen an. In diesem Kampf werden wir die Arbeiter lehren, die Sabotage der SF zu durchkreuzen und die Arbeiterinteressen so zu vertreten, dass nicht die "Volksdemokraten", die den Arbeiterkampf parasitär ausnützen wollen, daraus für ihre Ziele Kapital schlagen können.

DIEN SANIERUNGSPLANE DER ÖSTERREICHISCHEN KAPITALISTEN

Unter dem Titel "Achtung auf die industrielle Substanz" erschien in der kapitalistischen Kreison nahestehenden Zeitung "Die Presse" ein von Mautner-Markhof, einem führenden Industriellen, verfasster Artikel, der uns über die wirtschaftliche Lage der österreichischen Kapitalisten und ihre Pläne sehr wichtige Aufschlüsse gibt.

Mautner-Markhof geht von der Feststellung aus, dass die industrielle Potenz trotz des auf fast allen Gebieten erzielten Produktionsfortschritts im vergangenen Jahr einen Tiefstand erreicht hat (der industrielle Erzeugungsexponent beträgt nach sei-

nen Angaben 61 Prozent, gerechnet auf der Basis von 1937), der nur bei ehester und grosszügiger Durchführung von Investitionen und Rationalisierungen überwunden werden kann. Nach seinen Angaben bedarf es in erster Linie einer durchgreifenden Erneuerung und Ergänzung der maschinellen Einrichtungen, so wie auch versucht werden muss, die unglaublichen Fortschritte, die die Technik im letzten Jahrzehnt in den anderen Ländern gemacht hat, wenigstens allmählich wieder einzuholen. Diese notwendige Modernisierung der österreichischen Industrie kann aber seiner Auffassung nach nur mit Hilfe ausländischer Kredite durchgeführt werden und den soll vor allen die aus dem Marshallplan entspringende umfassende Kredithilfe dienen. Mautner-Markhof stellt dann die entschiedene Forderung, dass der österreichischen Industrie auch die Möglichkeit zu einer gesunden Kapitalbildung geboten werden muss, um ihr wieder eine gewisse Krisenfestigkeit zu geben, wie auch die Möglichkeit, die erhaltenen Kredite samt Zinsen wieder zurückzahlen zu können. Die grösste Sorge aber für die österreichischen Kapitalisten ist seinen Ausführungen gemäss die Tatsache, dass trotz den Ausfuhrsteigerungen der letzten Monate sich die Berichte der Auslandsvertreter mehren, denen zufolge die österreichischen Waren zu teuer sind und auf dem Weltmarkt zunehmend unterboten werden. Er weist sorgenvoll darauf hin, dass sich die kapitalistische Konkurrenz auf dem Weltmarkt immer stärker fühlbar macht. Dadurch wird die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Kapitalisten auf eine schwere Probe gestellt. Infolge des allgemeinen Verfalls der österreichischen Industrie, ihres akuten Mangels an Kohle und wichtigen Rohstoffen, ihrer Zersplitterung und Unselbständigkeit wie auch der geringen Produktivität der Arbeit stellen sich die kostendeckenden Preise der österreichischen Waren vielfach über die Weltmarktpreise - und dies trotz des äusserst niedrigen Arbeitslohnes. Ja, in manchen Zweigen liegen die österreichischen Exportpreise weit unter den Inlandspreisen, das heisst, dass auf Kosten des inländischen Konsumenten gegen Valuten exportiert wird. Mautner-Markhof erklärt nun: "Unsere Konkurrenzfähigkeit ist in Frage gestellt und auch schon aus diesen Gründen muss endlich alles getan werden, um zu Leistungssteigerungen in Oesterreich zu gelangen." Des weiteren stellt er die Forderung nach entgeltlicher Abschaffung der Exportausgleichskassen, die übrigens seit ihren Bestehen von den Kapitalisten trotz der zeitweisen lahmten Beschwerden der SA praktisch sabotiert wurden und seit Neuestem mit Einverständnis der Arbeiterkammern überhaupt ganz umgegangen worden. Zur Vermögensabgabe erklärt er: "Die Industrie muss aber verlangen, dass solche Abgaben ihres ausgesprochen konfiskatorischen Charakters entkleidet werden und dass auch endlich Bund, Länder und Gemeinden durch eine Verwaltungsvereinfachung und Abgabe ihres aufgeblähten Apparates für produktive Leistungen das ihre dazu beitragen, um der Wirtschaft zu geben, was sie braucht."

Hier haben wir nun in klaren Zügen nach authentischen Aeusserungen das Sanierungsprogramm der österreichischen Kapitalisten. Was bedeutet dieses Programm für die Arbeiterklasse?

1. Die wirtschaftliche und politische Orientierung auf den amerikanischen Imperialismus durch Annahme des Marshallplanes, was die wirtschaftliche und politische Kontrolle und Unterwerfung Oesterreichs unter die Macht des amerikanischen Monopolkapitals bedeutet.

2. Die verstärkte Kapitalneubildung zur Durchführung der notwendigen Investitionen und Rationalisierungen zur Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Industrie auf dem Weltmarkt auf der Basis erhöhter Ausbeutung der Lohnarbeit. Beibehaltung des derzeit weit unter den lebensnotwendigen Existenzminimum liegenden Lebensstandards des österreichischen Arbeiters. Die nach kapitalistischen Methoden durchgeführte Rationalisierung bedeutet eine Verschlechterung der Lage der Gesamtarbeiterklasse, denn sie zwingt die in der Produktion stehenden Arbeiter zu einer erhöhten Leistung bei relativ geringeren Löhnen, wie sie andererseits die industrielle Reservearmee vermehrt.

3. Die Ablehnung jeder wirklichen Gewinnsteuer wie auch Vermögens- und Sachwertabgabe durch die Kapitalisten; dafür erheben sie umso stärker die Forderung nach Steuerermässigung und Aufhebung des progressiven Steuersystems der reichsdeutschen Gesetzgebung.

4. Forderung nach Abbau des administrativen Verwaltungskörpers des Staates, der Länder und Gemeinden. Das heisst Vergrösserung der industriellen Reservearmee auch auf diese Weise, um damit umso stärker einen verschärften wirtschaftlichen Druck auf die Gesamtarbeiterklasse ausüben zu können.

Diesem kapitalistischen Sanierungsprogramm sind die SP und die von ihr geführten Gewerkschaften bereit, zum Teil zuzustimmen. Dies zeigte sich schon bei den letzten Aktionen eines Teils der Arbeiterschaft, als die Gewerkschaftsbürokratie den Forderungen der Arbeiter nach höheren Löhnen oder niedrigeren Preisen die "Notwendigkeit einer Leistungssteigerung" entgegenstellte. Nüchtern gesprochen heisst das: Ihr wollt besser leben? Arbeitet erst einmal mehr!

Die Stalinpartei opponiert derzeit gegen die Sanierungspläne der österreichischen Kapitalistenklasse, in Wirklichkeit leistet sie aber durch ihre verräterische Politik in der Frage der österreichischen Reparationen an die SU den Plänen der Kapitalisten Schützenhilfe. Die Forderung der Stalinbürokratie nach Ablösung eines Teiles des "deutschen Eigentums" durch die Zahlung von 200 Millionen Dollar, kann innerhalb der geforderten kurzen Zahlungsfrist von zwei Jahren nur durch eine Ueberbrückungsanleihe des amerikanischen Imperialismus bezahlt werden. Das zwingt also die österreichischen Kapitalisten auf alle Fälle zur Unterwerfung unter den amerikanischen Imperialismus. Die spätere Zurückzahlung dieser "Reparationsanleihe" wie auch die Reparationslieferungen aus der laufenden Produktion an die SU werden auf alle Fälle aus den österreichischen Werktätigen herausgepresst werden. Spricht doch heute schon Figl davon, dass der Staatsvertrag ein wirtschaftliches Sonderopfer des ganzen Volkes auf mehrere Jahre notwendig machen wird. Er meint damit die Einführung von unbezahlter Mehrarbeit zur Deckung der Kosten des Staatsvertrages.

Die österreichische Arbeiterklasse muss allen diesen Sanierungsplänen der Kapitalisten, die auf Kosten der Arbeiter und der übrigen Werktätigen ihre Profitwirtschaft wieder aufrichten wollen, entschieden Widerstand leisten. Sie muss die Gewerkschaften den Händen der verräterischen Bürokratie entreissen, sie muss diese zwingen, für die Erhöhung des Reallohnes zu kämpfen. Keine Rationalisierungen ohne tatsächliche Realloohnerhöhung und allgemeine Arbeitszeitverkürzung! Eine der Ursachen der zu hohen Produktionskosten der österreichischen Industrie liegt vor allem in ihrer zersplitterten, planlosen und daher anarchischen Produktionsweise begründet. Wirkliche Planwirtschaft setzt aber zuerst die entschädigungslose Enteignung der Kapitalisten voraus. Die Arbeiterschaft muss, gestützt auf das Betriebsrätegesetz, tatsächlich zu einer wirksamen Arbeiterkontrolle der Produktion und Verteilung übergehen. Sie muss durch machtvolle ausserparlamentarische Aktionen die Durchführung einer wirklichen Vermögensabgabe erzwingen und sie muss vor allem diesen Kampf mit den proletarischen Endzielen verbinden.

Alles lässt sich nicht verschweigen! Das Totschweigen ist eine ebenso einfache wie wenig dauerhafte Waffe gegen eine revolutionäre Bewegung. Manchmal aber versagt sie, wie jede Waffe. So brachten die "Morning News" von 11.2.48 verärgert folgende Meldung: Vor der Eröffnung des Parlaments von Coylon, bei der der Herzog von Gloucester eine Thronrede verlesen sollte, haben an die 20.000 Menschen stundenlang geduldig in der brennenden Sonne auf den Beginn der üblichen prachtvollen Westminster-Zeremonie gewartet, während es etwa 20 Abgeordnete nicht der Mühe wert gefunden haben, ihre Sitze einzunehmen. Was war geschehen? Folgendes: Bei den vor kurzem abgehaltenen Wahlen erhielt die Bolschewikisch-Leninistische Partei (indische Sektion der Vierten Internationale) fünf und die mit ihr eng verbündete Samrasanj-Partei zehn Mandate für das Unterhaus, die BLFI entsandte ausserdem einen Abgeordneten ins Oberhaus. Diese Abgeordneten boykottierten nun den Frankenaufzug, um damit gegen den schändlichen Betrug von der "Selbstregierung" Coylons zu protestieren. Der englische Imperialismus und die indische Bourgeoisie wollten ihr Werk mit einem wahren Propagandabombardement vorbrauen, aber unsere Genossen protestierten zu laut - das lässt sich nicht verschweigen!

HEUTE "VOLKSDEMOKRATIE" WIRD GLEICHGESCHALTET!

Nach der stalinistischen "Volksstimme" haben sich die letzten Ereignisse in der Tschechoslowakei so abgespielt: eine Gruppe von Reaktionären in den Führungen der bürgerlichen Parteien hat sich zusammengefunden, um eine Verschwörung zum Sturz der Regierung Gottwald zu organisieren, eine Verschwörung, deren Gelingen gleichbedeutend gewesen wäre mit der Beseitigung der sozialen Errungenschaften der letzten zweieinhalb Jahre, gleichbedeutend aber auch mit der Auslieferung der Republik an den amerikanischen Imperialismus und ihrer Eingliederung in das strategische System der "marshallisierten" Länder. Doch die "Kommunistische" Partei habe die Gefahr rechtzeitig erkannt und das Volk mobilisiert, das dann in einer wichtigen Aktion die reaktionäre Verschwörerelique zerschmettert habe. Aber war die CSR nicht schon eine "Volksdemokratie"? Hat die stalinistische Propaganda sie uns nicht schon seit langem als das Muster einer solchen hingestellt? Welcher Unterschied hat zwischen der tschechischen "Volksdemokratie" und den übrigen "Volksdemokratien" bestanden? Was ist überhaupt eine "Volksdemokratie"? Alle diese Fragen hängen mit der Aussenpolitik der Sowjetbürokratie zusammen und wenn wir sie beantworten wollen, müssen wir uns diese kritisch vornehmen.

Bürokratische Aussenpolitik und "Volksdemokratie"

Die Sowjetbürokratie betreibt die Verteidigung der SU nicht von proletarisch-revolutionären Gesichtspunkten aus, denn mit den ökonomischen Grundlagen ihrer Macht, den im Oktober 1917 geschaffenen neuen Eigentumsformen will sie zugleich ihr parasitäres Regime verteidigen, das durch einen neuerlichen Aufschwung der internationalen proletarischen Revolution hinweggefegt würde. Sie regelt darum ihre Beziehungen zu den an die SU angrenzenden Ländern einzig und allein nach militärstrategischen Gesichtspunkten. Hat die Sowjetbürokratie auf Grund scharfer und akuter Gegensätze im imperialistischen Lager die Möglichkeit zur Annexion solcher Länder, dann führt sie diese glatt durch, liquidiert mit polizeilich-administrativen Mitteln, durch eine "Revolution von oben" die Bourgeoisie und gleicht die annektierten Länder in ihrer wirtschaftlichen Struktur vollständig der Sowjetwirtschaft an. So geschah es 1939/40 in Ostpolen, in Finnland und im Baltikum, so geschah es 1945 in Ostpreussen. Doch in einer Reihe von Ländern, in Bulgarien, Rumänien, Ungarn, in der CSR konnte sie eine solche Annexion nicht durchführen, trotzdem diese Länder in der militärischen Einflussphäre der SU liegen, weil das den offenen Bruch der mit den Imperialisten getroffenen Abmachungen und trotz der Erschöpfung sowohl der SU als auch der Imperialisten den sofortigen Krieg mit diesen bedeutet hätte. Das eigenartige innere Regime der sogenannten Satellitenstaaten der SU, die heute deren strategisches "Glacis" bilden, ist darum nichts anderes als der Ausdruck eines vorübergehenden Gleichgewichts zwischen Imperialismus und der SU. Das Schicksal dieser Länder und deren innenpolitische Entwicklung wird darum, solange die internationale Revolution nicht einen neuen Aufschwung nimmt und sowohl die Rechnung der Imperialisten als auch der Sowjetbürokratie durchkreuzt, ausschliesslich durch das jeweilige Kräfteverhältnis zwischen der SU und dem Imperialismus entschieden. Wie ist nun das Regime in diesen Ländern beschaffen?

In allen diesen Ländern waren die sogenannten "kommunistischen" Parteien das Werkzeug zur Durchsetzung der sowjetischen Politik. Die Grösse des Einflusses der Stalinparteien wurde durch zwei Faktoren bestimmt: erstens dadurch, dass bedeutende Teile der Massen, vor allem der Arbeiterklasse, die durch die Auswirkungen des Krieges radikalisiert waren, sich den Stalinparteien zuwandten; zweitens aber auch, weil die Stalinparteien, gestützt auf die Tatsache, dass in diesen Ländern die Sowjettruppen, wenn auch manchmal nur vorübergehend, die Rolle der Besatzungsmacht spielten, aus letzterem Grund überall in den Besitz wichtiger staatlicher Machtmittel kamen; das Innenministerium wurde immer von einem Stalinisten besetzt, die allgemeine und die politische Polizei überall zu einem Machtmittel der Stalinpartei. Gerade dieser Umstand aber ist heute von ausschlaggebender Bedeutung; wir werden sofort sehen, warum.

Die erste Etappe der Politik der Stalinparteien nach der Befreiung der osteuropäischen Länder von "deutsch-faschistischen Joch" war überall durch einen extrem hemmungslosen Patriotismus gekennzeichnet, der die ideologische Begründung für die Politik der Zusammenarbeit mit einem Teil der Bourgeoisie dieser Länder lieferte. Die Stalinpartei trat überall in Koalitionsregierungen mit bürgerlichen Parteien ein. Die unter ihrem Einfluss zustande gekommenen Reformen und Verstaatlichungen geschahen nur auf Kosten der reaktionärsten Schichten der herrschenden Klasse, vor allem des mit den Imperialisten überall eng verknüpften Finanzkapitals, das vorübergehend entmachtet wurde. Gleichzeitig wurde mit Hilfe von Handels-, Staatsverträgen u.dgl. der SU ein gewisser Einfluss auf die nationale Wirtschaft dieser Länder gesichert, ihr eine Reihe von Konzessionen zugesprochen und die Wirtschaftsführung den Bedürfnissen der sowjetischen Planwirtschaft angepasst. Das ist der unmittelbare Anlass, ist die Basis der diversen Wirtschaftspläne der Länder innerhalb der sowjetischen Einflussphäre, die mit sozialistischer Planwirtschaft, welche die entschädigungslose Enteignung der Bourgeoisie durch das zur Macht gekommene Proletariat voraussetzt, selbstverständlich nichts zu tun hat. Während die Stalinparteien sich gegen den rechten Flügel der Bourgeoisie stellten, arbeiteten sie dafür unso hemmungsloser mit deren "fortschrittlichen" Teil zusammen. Die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse blieben die vorherrschenden; die Durchdringung des Staatsapparates durch die Stalinbürokratie hat nichts an dessen klassenmässiger Zusammensetzung geändert. Diese beiden Tatsachen bestimmen den sozialen Charakter dieser Länder als kapitalistischer Staaten - auch wenn sie von "kommunistischen" Regierungen geführt werden, auch wenn an ihrer Spitze die Stalinbürokraten Gottwald, Tito und Dimitroff stehen.

Während die Stalinbürokratie mit bürgerlichen Parteien in die Koalitionsregierung ging, hat sie zugleich von allen Anfang an die revolutionäre Aktion der durch den Krieg radikalisierten Massen gebremst und sie dem bürokratischen Diktat unterworfen. Statt die Massen gegen die durch den Krieg äusserst geschwächte Bourgeoisie zu deren endgültigen Sturz zu mobilisieren, hat sie die Massen zur Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie geführt und an Stelle des Klassenkampfes die "nationale Einheit" gepredigt. Statt die Interessen der Massen im Kampf gegen die Bourgeoisie zu vertreten, hat sie diese Interessen preisgegeben und dieses Preisgeben als "notwendiges Opfer im Interesse des nationalen Wiederaufbaus" hingestellt. Jene Teilreformen aber, die auf Kosten der Bourgeoisie und vor allem des reaktionären, halbfeudalen Grossgrundbesitzes durchgeführt wurden, wie z.B. die Bodenreform, kamen nicht den gesamten Massen, sondern vor allem den kleinbäuerlichen und bäuerlichen Zwischenschichten zugute. Die Stalinparteien haben durch ihre Politik die in diesen Ländern unstrittig vorhanden gewesene grosse Masseninitiative erstickt, einen Teil der Massen zurück in die Enttäuschung, einen Teil der Massen in die Indifferenz und Unaktivität, einen Teil sogar nach rechts in eine neue Illegalität gestossen und so die Massenbasis des Regimes rasch verkleinert.

Die "Volksdemokratien" sind also das Ergebnis einer eigenartigen, komplizierten historischen Situation. Wir können das Wesen der "Volksdemokratien" nicht durch eine kurze Formel ausdrücken, weil diese der komplizierten Wirklichkeit nicht gerecht würde, sondern wir können dies nur tun durch die Beschreibung der verschiedenen Elemente, denen die Länder des sogenannten "Glacis" ihre heutige Formung verdanken: der direkten Einflussnahme der entarteten SU einerseits und des imperialistischen Drucks, durch den die Bourgeoisie dieser Länder am Leben erhalten wird, andererseits; der Bourgeoisie als der Gefangenen der Sowjetbürokratie und der Massen, in denen das Industrieproletariat zahlenmässig schwach vertreten ist und deren revolutionäre Aktion durch die Stalinparteien von allen Anfang an gebremst und dem bürokratischen Diktat unterworfen wurde; sowie schliesslich dem durch das Verhalten der Sowjetarmee in einem Teil der Massen erzeugten konterrevolutionären Stimmungen. Die Tatsache, dass diese verschiedenartigen Elemente einander ein vorübergehendes Gleichgewicht halten, diese Tatsache äussert sich im bonapartistischen Charakter der sogenannten "Volksdemokratien", die in Wirklichkeit Polizeiregimes sind, in denen die mit der Bourgeoisie koalitierten Stalinparteien die Führung haben. In dem Masse, in dem diese Regimes die Massen enttäuschen und abstossen, in dem Masse tritt ihr Charakter als Polizei- und Militärdiktatur immer offener hervor; in dem Masse, in dem sich das Gleichgewicht der verschiedenen Komponenten innerhalb der "Volksdemokratien" ändert, in dem Masse ist die Stalinbürokratie gezwungen, die Maske der "Volksdemo-

kration" als einer allumfassenden "Nationalen Front" fallen und sie offen als das erscheinen zu lassen, was sie wirklich sind: als Regimes, in denen die Stalinbürokratie ihre Agenten sitzen hat, um die betreffenden Länder militärisch-strategisch zu beherrschen und wirtschaftlich auszuplündern, solange, bis die Zuspitzung der Gegensätze zwischen Imperialisten und Sowjetbürokratie die letztere zwingt, den letzten Schritt zu tun. Die Bourgeoisie spielt in diesen Ländern naturgemäss immer mehr und immer offener die Rolle einer Agentur des Imperialismus. Der letzte Schritt wird also darin bestehen, die Bourgeoisie auf mechanische und administrative Weise zu liquidieren und die Länder des "Glacis" der SU einzuverleiben.

Die Gleichschaltung der tschechischen "Volksdemokratie"

Die Vorgänge in der Tschechoslowakei liegen auf der soeben skizzierten Linie. Die tschechische hat sich in einigen wesentlichen Momenten von den übrigen "Volksdemokratien" unterschieden. Im Gegensatz zu den nur schwach industrialisierten Ländern des Südostens ist die CSR ein hoch industrialisiertes Land mit einer starken Bourgeoisie und einer entwickelten Arbeiterklasse. Diese Tatsachen waren bestimmend dafür, dass die Stalinpartei sofort nach der Beendigung der deutschen Okkupation zur stärksten Partei des Landes wurde. Doch im Gegensatz zu den Ländern des Südostens, im Gegensatz auch zu Polen war der kapitalistische Staatsapparat trotz der deutschen Besetzung im grossen und ganzen intakt geblieben, während er in den anderen Ländern neu aufgebaut werden musste. Das hat der tschechischen Bourgeoisie eine viel grössere Unabhängigkeit von der Stalinpartei verliehen und ihre Herrschaft zu einer ziemlich stabilen gemacht. Das war auch die Hauptursache, dass neben der Stalinpartei zugleich eine starke Sozialdemokratie existiert hat, während diese (mit der alleinigen Ausnahme Ungarns), nach 1945 in den übrigen Ländern des "Glacis" keinerlei selbständige Rolle mehr spielen konnte. Trotzdem auch in der CSR die Stalinpartei über das Innenministerium und über die Polizei verfügte, musste sie viel vorsichtiger operieren und die tschechische Bourgeoisie, die z.B. über wichtige Positionen in der Armee verfügte, konnte ihr viel länger widerstehen. Erst die Zuspitzung der weltpolitischen Gegensätze hat auch dieses Gleichgewicht gestört.

Seit dem Scheitern der Moskauer Verhandlungen im März des vorigen Jahres, besonders aber seit dem Start des Marshallplanes wird ein erbitterter "kalter Krieg" zwischen der SU und dem amerikanischen Imperialismus geführt, in dem beide Mächte mit allen Mitteln ihre strategischen Positionen zu verbessern und auszubauen bestrebt sind. Dem dient auf der einen Seite der Marshallplan; dem dient im Rahmen dieses Planes der Zusammenschluss Westdeutschlands zu einer "Trizone"; dem dienen auch alle Versuche, das strategische "Glacis" der SU aufzuspalten und zu sprengen. Dem dient auf der anderen Seite die Gleichschaltung aller innerhalb dieses "Glacis" gelegenen Länder, dem diente die Erhebung Rumäniens, die Erhebung Ungarns in den Rang einer "Volksdemokratie" und dem dient schliesslich auch der stalinistische Staatsstreich in der CSR. Denn vergessen wir nicht: gerade bei diesem Staat war die Gefahr besonders gross, dass er aus der Reihe tanze; gerade dieser Staat war der Einzige, der beim Start des Marshallplanes sich sofort zur Teilnahme an diesem bereit erklärte und erst auf den Pfiff aus Moskau wieder in Reih und Glied der sowjetischen Satellitenstaaten zurückgekehrt ist. Inzwischen ist der "kalte Krieg" zwischen SU und Imperialisten weiter gegangen; inzwischen sind die weltpolitischen Spannungen noch grösser geworden und sowohl der USA-Imperialismus als auch die Sowjetbürokratie haben ihre Anstrengungen verstärkt und kämpfen erbittert um jeden Meter Boden. Das Schwanken der CSR im Juli des Vorjahres hat der Sowjetbürokratie die Notwendigkeit vor Augen geführt, auch diese ihre vorgeschobene Position, diesen wichtigen Eckpfeiler ihres Systems, dieses Ausfallstor nach Mitteleuropa gegen eine etwaige Wiederholung einer solchen gefährlichen Schwankung zu sichern. Nach Rumänien und Ungarn stand darum die CSR auf dem aussenpolitischen Terminkalender der Kronclique; auch sie musste verlässlich, auch sie musste gleichgeschaltet werden.

Welchen unmittelbaren Inhalt hatte die stalinistische Aktion? Die bürgerlichen Parteien wurden geköpft und in ihre Führung Elemente berufen, die gefügig genug sind, um der Stalinpartei vorläufig keine neuerlichen ernstlichen Hindernisse in den Weg zu legen. Doch nicht auf die bürgerlichen Parteien allein (und im Zusammenhang mit ihnen auf die hohe staatliche Bürokratie) beschränkte sich die stalinisti-

sche Aktion. Wie bei den vorangegangenen Aktionen in den anderen "Glacis"ländern kam auch die SI unter die Räder. Die Führung der SP wurde ebenfalls ausgewechselt, deren "linker" Flügel übertragen und die SI so von der Notwendigkeit des Zusammengehens mit der "Kommunistischen" Partei "überzeugt". Hiermit wird bestätigt, was wir auch in anderen Ländern beobachten konnten: Überall dort, wo die Stalinpartei ernstlich mit der Bourgeoisie zusammenkriecht, kommt die SI unter die Räder und löst sich in ihre Bestandteile auf. Auch die tschechische SI wurde gezwungen, den ersten Schritt auf jenem Weg zu tun, der in absehbarer Zeit zu einer "freiwilligen Vereinigung" mit der Stalinpartei, d.h. zu ihrem Ende führen muss.

Mit welchen Methoden wurde die Gleichschaltung durchgeführt? Was bedeutet sie für die Arbeiterklasse? Wie ist unsere Stellungnahme zu ihr?

Gegen die kapitalistische Konterrevolution! Gegen die stalinbürokratischen Methoden!

Wir haben gesehen, dass die Stalinparteien in allen "Glacis"ländern sich der Polizei bemächtigt haben und dass dies auch in der CSR der Fall war. Die ihr durch diese Durchdringung des Staatsapparates verliehene Machtposition hat sie überall zur Durchsetzung der sowjetischen Interessen gegen die Bourgeoisie ausgenützt. Statt die Massen zu mobilisieren haben die Stalinparteien die Polizei mobilisiert. Das ist kein Zufall, sondern die Konsequenz der stalinistischen Politik. Jede Masseninitiative wurde von ihr erstickt. In fast allen Staaten des "Glacis" gab es knapp nach dem Abzug der deutschen Besatzungstruppen Ansätze zu Organen der Massen, die bei einer zielbewussten revolutionären Politik, bei Vorhandensein einer proletarisch-revolutionären Partei zur Doppelherrschaft geführt hätten. Sie wurden von der nachrückenden Sowjetarmee gewaltsam liquidiert oder dadurch umgebracht, dass die Stalinparteien die Aufnahme bürgerlicher Elemente, die Aufnahme von Vertretern bürgerlicher Parteien in die Komitees erzwangen. Die Stalinparteien haben auch in den "Glacis"staaten die Massen in die Koalition mit der Bourgeoisie hineingeführt. Trotz gewisser Teilreformen haben sie praktisch die Interessen der Massen dem kapitalistischen "Wiederaufbau", d.h. der Bourgeoisie geopfert.

An Stelle des ursprünglich vorhandenen Gegensatzes zwischen den Massen und der Bourgeoisie trat immer mehr der Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Sowjetbürokratie, der auf dem Rücken der Massen und auf ihre Kosten ausgetragen wurde. Es ist nur folgerichtig, wenn die Stalinpartei auch in der CSR jetzt, wo dieser Gegensatz akute Formen angenommen hat, ihn austragt vor allem mit Hilfe der von ihr beherrschten Polizei. Aber hat die tschechische Stalinpartei nicht auch die Massen mobilisiert, hat sie nicht die "Aktionskomitees" geschaffen, die sich auf die Massen stützen? Die Mobilisierung der tschechischen Massen geschah in bürokratischen Formen. Die Massen wurden nicht auf revolutionäre Weise für ein Aktionsprogramm, das ihren unmittelbaren Interessen entspricht, mobilisiert, sondern zur Aktion kommandiert. Die Stalinpartei hat die Mobilisierung der Massen nur bis zu jenem Punkt getrieben, der mit der bürokratischen Kontrolle über die Massen gerade noch vereinbar ist - und diese Grenze ist nicht sehr weit gesteckt. Wo die Massen aus eigenem Über die von der Stalinpartei gesteckte Linie hinausgingen, wurden sie von dieser sehr rasch korrigiert. Wo sich ihre Aktion nicht auf der von der Stalinbürokratie angegebenen Linie bewegte, wo die Arbeiter etwa dazu übergingen, Unternehmer zu entfernen und Betriebe unter ihre Kontrolle zu stellen, da hat die Stalinpartei diesen "Ueberschuss während der Säuberungsaktion" sehr rasch korrigiert und diese für die Produktion unerheblichen "Spezialisten" wieder an ihren alten Platz gestellt. Je mehr die Stalinpartei an Macht gewinnt, je eindeutiger der Kurs des "neuen" Regimes sich auf die der Sowjetbürokratie genehmen Linie festlegt, desto mehr wird sich die Stalinpartei in ihrer Auseinandersetzung mit der Bourgeoisie polizeilich-administrativer Mittel bedienen, desto mehr wird sie in diesem Kampf auf die Mitwirkung der Massen verzichten. Und es ist auch klar, warum! Wenn in der ersten Periode der Entwicklung der "Volksdemokratien" die Stalinparteien die Interessen der Massen der Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie geopfert haben, so mussten sie sich doch teilweise gegen die Bourgeoisie auf die Massen stützen, um diese zur Zusammenarbeit zu zwingen. Aus dieser Auseinandersetzung sind die Stalinparteien als vorläufige Sieger herausgegangen - auch in der CSR. Ihre weitere Politik wird sie nunmehr in einem immer grösseren Gegensatz zu den unmittelbaren Masseninteressen bringen. Es geht der Sowjetbürokratie nicht nur um die aussenpolitische Linie der Länder des "Glacis",

*) entweder

sondern auch um deren Produktion. Die Sowjetbürokratie betrachtet die ihr unterworfenen Länder als Melkkuh. So wie sie die von ihr besiegten und besetzten Länder schamlos und brutal ausplündert, so wie sie in Ostdeutschland und in der Sowjetzone Österreichs handelt, so handelt sie in den "Glacis"ländern, je mehr diese ihre Selbständigkeit verlieren, so wird sie auch in dem Lande ihres industriell am entwickeltsten "Verbündeten", in der CSR handeln. Der Sieg der "Volksdemokratie" in diesem Lande bedeutet, dass der Lebensstandard der tschechischen Massen in kurzer Zeit sinken wird auf das Niveau der übrigen "Volksdemokratien".

Damit ist klar ausgesprochen, was der Sieg der Stalinpartei für die tschechischen Massen bedeutet. Er ist kein Sieg der Massen über die Bourgeoisie. Er bedeutet neben der Verschlechterung des Lebensstandards der Massen zugleich ihre verstärkte Unterordnung unter das bürokratische Kommando. Aber wird durch eine solche Lage nicht eine Interessengemeinschaft hergestellt zwischen den tschechischen Massen, zwischen dem tschechischen Proletariat und jenem Teil der Bourgeoisie, gegen die sich die stalinistische Aktion gerichtet hat? Nichts wäre verhängnisvoller als dieser Schluss. Gewiss, die Stalinbürokratie wird den Massen verschlechterte Lebensbedingungen aufzwingen, sie unterwirft sie ihrem Kommando und beseitigt ihre demokratischen Rechte, indem sie diese auf dem Papier weiter bestehen lässt und dabei die Instrumente des Massenkampfes, die Massenorganisationen der Werktätigen, vor allem also die Gewerkschaft bürokratisiert und in bloßen Anhangsel der Stalinpartei verwandelt. Aber wenn die Bourgeoisie siegen würde, auch dann würde das die Zerstörung der demokratischen Rechte der Massen, die Liquidierung der bürgerlichen Demokratie bedeuten. Wenn die tschechische Bourgeoisie in diesem Kampf siegt, dann siegt sie als Kommiss des amerikanischen Imperialismus und dann wird das Regime, das sie aufrichtet, so aussehen, wie das blutbefleckte Regime in Griechenland. Das Proletariat der Staaten des "Glacis", heute also auch das tschechische Proletariat steht vor der schweren Aufgabe, den Kampf gleichzeitig gegen die "eigene" Bourgeoisie wie gegen die demokratische Selbstbestimmungsrecht mit Füßen trampelnde Sowjetbürokratie führen zu müssen, wenn es seine eigenen, seine proletarischen Klasseninteressen durchsetzen, wenn es sich nicht der Bourgeoisie unterordnen, noch zum Anhangsel der Sowjetbürokratie werden will. Es muss darauf achten, dass sein Kampf gegen die Bourgeoisie nicht von der parasitären Stalinbürokratie zur Aufrichtung ihrer bürokratischen Diktatur ausgenützt wird; es muss vor allem darauf achten, dass der Kampf gegen den Stalinismus sich nicht in eine objektive Unterstützung der Konterrevolution verwandelt. Der Kampf gegen diese Gefahren ist nur möglich auf der Grundlage eines revolutionären Programms, das einzig von den Interessen der Arbeiterklasse ausgeht und jeden Gedanken an ein Zusammengehen mit der Bourgeoisie oder mit Teilen derselben grundsätzlich verwirft; er kann nur geführt werden von einer revolutionären Partei, die sich auf die Arbeiterklasse stützt und sowohl von Imperialismus als auch von der Sowjetbürokratie vollständig unabhängig ist; er kann nur geführt werden auf dem Boden der IV. Internationale. Ihre Kämpfer müssen die Arbeiter lehren, den Kampf gegen die legal und illegal arbeitende Konterrevolution aufzunehmen; ihre Kritik muss die Politik der Stalinparteien entlarven, durch die die Konterrevolution gezüchtet wird; sie werden, während sie den Bruch mit der Bourgeoisie verlangen, den Kampf hierfür gleichzeitig mit dem Kampf für die demokratischen Rechte und Freiheiten der Massen innerhalb der Arbeiterorganisationen verbinden.

Aufbruch in Panama. IFS(4), 12.1.48. - Das kleine Volk von Panama hat der Wall Street die Anlage militärischer Basen auf seinem Gebiet abgelehnt, indem es buchstäblich revoltierte und die Regierung zu diesen Schritte zwang. Damit hat es den "Guten Nachbar", "Grossen Bruder" und mächtigen "Protector" die Maske von Gesicht gerissen. "New-York Times" sagten es offen, dass dieser erbitterte Widerstand nicht überraschend käme, weil die Südlamerikaner die Stellung der USA südlich ihrer Grenzen als ökonomische Ausbeutung und tendenzielle koloniale Unterdrückung empfanden. Die Panamer betrachten mit Recht ausländische, besonders amerikanische Truppen auf ihrem Boden als Eroberer und Hindringlinge, gerade so wie die Amerikaner ausländische bewaffnete Kräfte auf US-Boden bezeichnen würden. Ihr Widerstand gegen eine US-Herrschaft wird zu populärer Unterstützung in anderen Ländern Latein-Amerikas anfeuern. - Bericht und Stellungnahme stammt aus "The Militant", Organ unserer amerikanischen Genossen, die den sofortigen und bedingungslosen Rückzug aller ausserhalb der USA-Grenzen stehenden Truppen fordern. Wir empfehlen den Arbeitern in der SF und Stalinpartei, diese Position zu beachten!

HUNDERT JAERE KOMMUNISTISCHES MANIFEST

Ende November 1847 wurden Marx und Engels von zweitem Kongress des "Bundes der Kommunisten" beauftragt, die Prinzipien des Kommunismus in einer Deklaration zusammenzufassen. Wenige Wochen später war eine solche fertig und erschien im Februar 1848 in London als "Manifest der Kommunistischen Partei", kurz vor dem Ausbruch der Revolution in Paris. Unter dem Titel "Kommunistisches Manifest" hat sie seither ihren dauernden Platz in der sozialistischen wie in der Weltliteratur erhalten.

Das Manifest war von den Begründern des wissenschaftlichen Sozialismus vor allem für die kämpfende Arbeiterklasse bestimmt, da sie der Ansicht waren, dass "die Emanzipation der Arbeiter das Werk der Arbeiterklasse selbst sein muss". In klassischer Form finden wir darin die prinzipiellen Auffassungen des Kommunismus zusammengefasst. Diese Prinzipien galten für die ganze kapitalistische Epoche, sie sind die Grundlinie, auf der sich jede Politik der Arbeiterklasse bewegen muss.

"Die theoretischen Sätze der Kommunisten beruhen keineswegs auf Ideen, auf Prinzipien, die von diesen oder jenen Weltverbesserer erfunden oder entdeckt sind. Sie sind nur allgemeine Ausdrücke, tatsächliche Verhältnisse eines existierenden Klassenkampfes, einer unter unseren Augen vor sich gehenden geschichtlichen Bewegung." Mit diesen knappen Zeilen stellten Marx und Engels ihre materialistische Auffassung dem Idealismus gegenüber: der proletarische Klassenkampf, der Internationalismus wurden nicht von Marx und Engels "erfunden", sondern sind nur Produkt der bürgerlichen Gesellschaftsordnung, der kapitalistischen Produktionsweise.

Aber das Manifest will keineswegs die Arbeiterklasse zum reinen Theoretisieren anleiten. Der Bourgeoisie, die das "Produkt eines langen Entwicklungsganges, einer Reihe von Umwälzungen in der Produktions- und Verkehrsweise" ist, tritt das Proletariat, "das von allen Klassen die einzige wirklich revolutionäre Klasse" ist, gegenüber. Dabei "verfolgen wir den mehr oder minder versteckten Bürgerkrieg innerhalb der bestehenden Gesellschaft bis zu dem Punkt, wo er in eine offene Revolution ausbricht und durch den gewaltsamen Sturz der Bourgeoisie das Proletariat seine Herrschaft begründet." Das ist nicht nur Theorie, sondern bereits Anleitung zum Handeln. Und konkret werden die Aufgaben der Kommunisten für die ganze Epoche gestellt: "Bildung des Proletariats zur Klasse, Sturz der Bourgeoisieherrschaft, Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat."

Marx und Engels haben sich in der Einschätzung der Reife der Situation geirrt. Vor allem hatten sie 1848 nicht vorausgesehen, dass die Bourgeoisie nicht an Ende ihrer Entwicklung, sondern erst unmittelbar vor ihrem grössten Aufschwung stand. Die Genialität von Marx und Engels bestand nicht darin, dass sie sich nicht irrten, sondern darin, dass sie 1848 aus den verhältnismässig unentwickelten Erscheinungen des Kapitalismus sein unvermeidliches Ende voraussahen. Folgendes hat sich fünfzig Jahre später, als der Kapitalismus in sein imperialistisches Stadium trat, als genial vorausgesehen erwiesen: "Die Produktivkräfte, die ihr (der Bourgeoisie, Die Red.) zur Verfügung stehen, dienen nicht mehr zur Beförderung der bürgerlichen Eigentumsverhältnisse, in Gegenteil, sie sind zu gewaltig für diese Verhältnisse geworden, sie werden von ihnen gehemmt; und sobald sie dies Hemmnis überwinden, bringen sie die ganze bürgerliche Gesellschaft in Unordnung, gefährden sie die Existenz des bürgerlichen Eigentums. Die bürgerlichen Verhältnisse sind zu eng geworden, um den von ihnen erzeugten Reichtum zu fassen." Diese Sätze galten für die gesamte imperialistische Epoche bis heute; die Katastrophe der beiden imperialistischen Weltkriege hat sie erhärtet.

SF und Stalinpartei suchen, jede auf ihre Weise, den hundertsten Geburtstag des Manifestes auszubeuten. Durch Verirrehungen und Geschichtsfälschungen versuchen sie der Arbeiterklasse weiszumachen, dass die Kontinuität des "Bundes der Kommunisten" in ihren Reihen gewahrt sei. SF und Stalinbürokratie sind geneigt, das Manifest als historisches Dokument anzuerkennen. Sie sind auch geneigt, die im Manifest niedergelegten Prinzipien des proletarisch-revolutionären Kampfes für 1848 gelten zu lassen, 1948 sind diese für SF und Stalinpartei nur mehr eine Sammlung von Phrasen geworden, die sie an Sonn- und Feiertagen feierlich verkünden, aber an ihrer prinzipienlosen Praxis nicht hindern.

Der revolutionäre Geist des Kommunistischen Manifestes lebt fort in der IV. Internationale. Mit dem 100jährigen Bestand des Manifestes blickt die kämpfende Arbeiterklasse auf den 100jährigen Bestand einer bewussten Avantgarde des internationalen Kommunismus zurück. Die Internationalen Kommunisten von heute haben ein stolzes Erbe zu verwalten: Die Kämpfer der Junischlacht von 1848, die Pariser Kommunisten von 1871, die bolschewistischen Kämpfer von 1917 waren ihre Vorgänger. Die Internationalen Kommunisten tragen aber auch eine grosse Verantwortung: Von ihnen hängt es ab, ob die Menschheit durch den Sieg der internationalen sozialistischen Revolution einen neuen wirtschaftlichen und kulturellen Aufstieg entgegengeht oder in der Barbarei des dritten imperialistischen Weltkrieges landen wird.

In Geiste von Marx und Engels, in Geiste des Kommunistischen Manifestes, in Geiste des internationalen Kommunismus wird die IV. Internationale ihr Ziel erreichen. Heute wie vor hundert Jahren rufen die Internationalen Kommunisten den Ausgebeuteten aller Länder zu:

"Mögen die herrschenden Klassen vor einer kommunistischen Revolution zittern. Die Proletarier haben nichts in ihr zu verlieren als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen. Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!"

oo
oo
Spendet für den K A M P F F O N D !
oo
oo